

Niederschrift

über die 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, den 02.12.2019 im Christian-Wirth-Saal auf dem Schlossgarten-Campus

Sitzungsbeginn: 18:02 Uhr

Sitzungsende: 20:17 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

A. Von der Stadtverordnetenversammlung

CDU:

Liese, Gerhard
Becker, Rolf
Bertz, Claudia
Drexelius, Matthias
Haase, Andreas
Holzbach, Markus
Jackson, Alexander
Kiesow, Stefan
Müller, Helmut
Müller, Sebastian
Pöhlmann, Klaus
Salguero-Grau, Conchita
Schmidt-Winterstein, Dietmar
Sussmann, Kevin
Zorn, Irene

SPD:

Ebel-Theuerkauf, Leonie
Hahn, Birgit
Harnoth, Reinhold
Kuhlbrodt, Hans ab TOP 7 (18:10 Uhr)
Lotz, Helga
Müller, Bernhard
Ruß, Ortwin
Schütrumpf, Heinz
Walle, Walter

FWG:

Brötz, Joachim, ab TOP 16 (19:01 Uhr)
Herber, Hellwig
Müller, Brunhilde
Peretzki, Peter
Saltenberger, Joachim

B 90/Grüne:

Enslin, Ellen
Maas, Rüdiger
Sielemann, Manfred

FDP:

Brähler, Gerhard
Brähler, Veronika

B. Vom Magistrat

Wernard, Steffen
Fritz, Dieter
Böhringer, Heino
Fritz, Reiner
Hahn, Michael
Hahn, Raymond
Jack, Werner
Lichtenthäler, Erwin
Roth-Peters, Maria
Seidenstücker, Gerd

C. Vom Ausländerbeirat

Craenen, Hugo
Mescheder, Kibar

D. Vom Seniorenbeirat

Huschka, Monika
Schäper, Charlotte

E. Entschuldigt fehlten

Maibach, Jürgen
Weinreich, Susanne
Wagner, Katherine

F. Von der Verwaltung

Schach, Beate
Guth, Michael

G. Gäste

4 Bürger
4 Verwaltung
2 Pressevertreter

Keth, Ulrich

Stadtverordnetenvorsteher Liese eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden zur letzten Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahr. Er ruft den Tagesordnungspunkt 1 auf.

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Liese stellt die form- und fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Zur heutigen Sitzung haben sich die Stadtverordneten Maibach und Weinreich entschuldigt.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Beschluss

Die Tagesordnung wird in der veröffentlichten Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss

Die Niederschrift vom 21.10.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Wernard berichtet:

- Der Auftrag für Planungsleistungen für den Feuerwehrtützpunkt Usingen wurde vom Magistrat vergeben und der Vertrag wurde abgeschlossen.
- Der Pachtvertrag mit der essWebers GmbH über das Restaurant essWebers wurde nach entsprechender Beschlussfassung durch den Magistrat abgeschlossen. Ab dem 01.12.2019 ist nun Herr Spranger als Geschäftsführer alleinig verantwortlich und das Ehepaar Weber ist angestellt.
- Die Baugenehmigung für WABE e.V. ist eingegangen, die Arbeiten hierzu haben bereits begonnen.
- Der Magistrat hat folgende weiteren Aufträge beschlossen:
 1. Grundhafte Sanierung vom Klippenweg Usingen-Eschbach und
 2. die Wasserleitungserneuerung Am Wald in Usingen-Merzhausen. Die Arbeiten werden nach der Frostperiode beginnen.

- Weiterhin hat der Magistrat einem Prämiensystem für die Freiwilligen Feuerwehren zugestimmt. Die weitere Beratung erfolgt in der ersten Sitzungsrunde HFA und Stavo im nächsten Jahr.
- Die Sitzung des HFA im Januar 2019 wurde in Absprache mit den Vorsitzenden des HFA von 19 auf 18 Uhr vorverlegt, da es an diesem Tag schon einen Folgetermin gibt und Herr Bürgermeister Wernard an der Sitzung des HFA teilnehmen möchte. Der Termin ist am 23.01.2020 um 18:00 Uhr.
- Eine Klarstellung zum Artikel in der Taunus Zeitung bezüglich des Halteverbotes in der Neutorstraße. In dem Artikel wurde berichtet, dass der Abteilungsleiter Hansjörg Bleher einen Fehler eingeräumt hat. Dem war nicht so, es wurde lediglich auf Anfrage der Zeitung berichtet, dass Hessen Mobil es versäumt hatte, die Schilder nach Abschluss der Baumaßnahme wieder unverzüglich aufzustellen. Der Bauhof hat dies dann übernommen, um die Verkehrssituation schnell zu entspannen.
- Ein Zuwendungsbescheid für die Förderung „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in Höhe von 540.000 € ist eingegangen. Der Zuwendungsbescheid wird dem Protokoll beigefügt.

6. Fragestunde

6.1 Schriftliche Fragen

Es liegen keine schriftlichen Fragen vor

6.2 Mündliche Fragen

Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin möchte wissen, wann mit der Beantwortung ihrer schriftlichen Anfrage vom 26.09.19 gerechnet werden kann?

Bürgermeister Wernard teilt mit, dass diese zunächst im Magistrat behandelt werden muss. Anschließend wird diese umgehend zugesendet.

7. Berichterstattung der Ausschussvorsitzenden

CDU-Fraktionsvorsitzender Müller berichtet über die Ergebnisse der letzten HFA Sitzung vom 14.11.2019. Weiterhin bedankt er sich bei allen Mitgliedern des HFA für die sehr gute Zusammenarbeit und bei der Kämmerei, die jederzeit für Fragen und Hinweise zur Verfügung stand.

A. Punkte mit Aussprache

8. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.19 - Änderung der Kindertagesstättenordnung

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller erläutert den Änderungsantrag der Fraktion und bittet um Zustimmung.

Stadtverordneter Sielemann sieht in dem Änderungsantrag noch Klärungsbedarf und bittet daher um eine Überweisung an den SJK.

Stadtverordneter Sussmann teilt mit, dass die CDU-Fraktion weder dem Antrag der SPD-Fraktion noch dem Änderungsantrag zustimmen wird.

Stadtverordnete Hahn teilt mit, dass allen Familien die Möglichkeit gegeben werden sollte, einen Betreuungsplatz zu erhalten unabhängig von jetzigem Wohnort. Usingen soll familienfreundlicher werden, darum ist es wichtig, diesem Antrag zu entsprechen.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler teilt mit, dass man der Intention des Antrags zustimmen kann, allerdings sieht er ebenfalls noch Klärungsbedarf über die Umsetzung und bittet, diesen Antrag in den Ausschuss zu verweisen.

Stadtverordnete Müller teilt mit, dass ihre Fraktion auch darum bittet, den Antrag an den Ausschuss zu verweisen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller ergänzt den Änderungsantrag um die Überweisung an den Ausschuss.

Beschluss-Nr. XI/129-2019

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den §3 Satz 1 der Kindertagesstättenordnung wie folgt abzuändern:

Die Kindertagesstätten stehen grundsätzlich allen Kindern, die **zum *Betreuungsbeginn*** in der Stadt ihren Wohnsitz (Hauptwohnung i. S. des Melderechts) haben, vom vollendeten 1. Lebensjahr an bis zum Schulbesuch offen.

Es wird beschlossen, diesen Änderungsantrag zunächst in den Ausschuss zu überweisen.

Abstimmungsergebnis

19 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

9. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.19 zur Obdachlosenunterbringung

Stadtverordnete Hahn erläutert ihren Antrag und bittet um Berichterstattung im SJK.

Beschluss-Nr. XI/130-2019

Der Magistrat wird beauftragt im nächsten Ausschuss für Soziales, Jugend und Kultur über die Situation von wohnsitzlosen Menschen zu berichten:

- Wie oft wurden Wohnsitzlose in den vergangenen 3 Jahren von der Stadt untergebracht?
- Waren darunter Familien?
- Welche Alternativen zur Unterkunft Forsthausstraße Wernborn wurden genutzt?
- Welche Alternativen stehen zukünftig zur Verfügung?

Abstimmungsergebnis

Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.19 zur Gründung einer stadt eigenen Immobilien-gesellschaft

Stadtverordnete Hahn erläutert ihren Antrag, möchte aber ausführlich darüber im HFA diskutieren, weshalb sie darum bittet, diesen Antrag in den HFA zu überweisen.

Stadtverordneter Drexelius teilt mit, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag nicht ablehnen wird. Die SPD-Fraktion müsse aber vorher noch einige Hausaufgaben erledigen z. B. was soll die Gesellschaft besser machen, als es bisher die Stadt macht? Soll die Gesellschaft mit neuen Mitarbeitern

ausgestattet werden? Bisher hat sich das Bauamt um diese Fragen gekümmert. Sollen die Mitarbeiter, die die Wirtschaftsförderung betreiben in die Gesellschaft neu zugeordnet werden?

Was noch zu bemängeln ist, dass die Stadt im Moment Vorkaufsrecht hat, die Gesellschaft hätte dieses Recht aber dann nicht mehr. Wie soll das finanziert werden? Hier besteht noch viel Klärungsbedarf, weshalb er um Darlegung im HFA bittet.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin teilt mit, dass sie mit der Überweisung an den Ausschuss einverstanden ist, allerdings sieht sie diesbezüglich keinen Finanzantrag für den Haushalt. Darüber kann man dann wahrscheinlich erst diskutieren, wenn der Haushalt 2022 ansteht.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler teilt mit, dass dieser Antrag in die Ausschüsse VBS und HFA gegeben werden sollte.

Stadtverordnetenvorsteher Liese teilt mit, dass ein Ergänzungsantrag vorliegt, diesen Antrag der SPD-Fraktion nicht nur an den HFA, sondern auch an den VBS zu überweisen. Darüber wird nun abgestimmt.

Beschluss-Nr. XI/131-2019

Der Magistrat wird beauftragt eine Diskussionsgrundlage zur Gründung einer stadteigenen Immobiliengesellschaft vorzulegen. Die Gesellschaft soll dem Zweck dienen Grundstücke und Immobilien im innerstädtischen Bereich aufzukaufen, um die notwendige Entwicklung für eine attraktive Innenstadt zu ermöglichen und voranzutreiben. Zur Verwaltung sollen die vorhandenen Immobilien in die Gesellschaft übertragen werden. Vorgelegt werden soll auch, welche anderen hessischen Kommunen diesen Weg gegangen sind, welche Erfahrungen vorliegen und wie diese Gesellschaften ausgestattet sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge diesen Antrag in den VBS und den HFA verweisen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. Resolution der SPD-Fraktion vom 17.11.19

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller teilt mit, dass die Stadtverordnetenversammlung im Moment viel über Klimaschutz diskutiert, weshalb er darum bittet, einen Appell an die Bevölkerung zu richten, soweit wie möglich auf Silvesterfeuerwerk zu verzichten um die Feinstaubbelastung zu reduzieren. Er bittet um Zustimmung zum Resolutionsantrag.

Stadtverordnetenvorsteher Sussmann erläutert anhand eines Beispiels, dass der Resolutionsantrag für die Umwelt keinen Nutzen bringt, weshalb die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen wird. Die SPD-Fraktion soll sich besser für die Umgehungsstraße einsetzen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller ärgert sich über die Darstellung von Herrn Sussmann und teilt mit, dass seine Fraktion sehr wohl für die Umsetzung der Umgehungsstraße ist.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler ist der Auffassung, dass mündige Bürger selbst entscheiden können und sie deshalb der Resolution nicht zustimmen werden.

Frau Ebel-Theuerkauf findet das Silvesterfeuerwerk gefährlich ist, vor allem wenn man wie sie in der Altstadt wohnt. Viele Neubürger wissen zum Beispiel nicht, dass Feuerwerk in der Altstadt nicht erlaubt ist, deshalb bittet sie um Zustimmung der Resolution.

Stadtverordneter Kuhlbrodt findet die bisherige Diskussion nicht zielführend. Es geht hier auch um ein hohes Verletzungsrisiko, welches beim Abbrennen von Feuerwerk entstehen kann. Er selbst verzichtet auf Feuerwerk und bittet ebenfalls darum, der Resolution zu entsprechen.

Stadtverordneter Drexelius teilt mit, dass Herr Sussmann diesen Fall sachlich dargestellt hat. Was das Verhalten der einzelnen Bürger betrifft, kann man nicht verallgemeinern. Jeder kann für sich selbst entscheiden, ob er Feuerwerk zündet oder nicht.

Stadtverordnete Hahn stellt klar, dass die SPD-Fraktion keine Verbote erteilen möchte. Der Antrag sei als Anregung zu verstehen, mehr nicht.

Stadtverordnetenvorsteher Liese lässt nun über die Resolution abstimmen.

Beschluss-Nr. XI/132-2019

Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt der Usinger Bevölkerung zum Jahreswechsel auf das Abbrennen von Silvesterfeuerwerk zu verzichten.

1. Aus Umweltgründen: das Silvesterfeuerwerk verursacht beim Abbrennen eine extrem hohe Feinstaubbelastung der Luft.
2. Aus Sicherheitsgründen: Ein unsachgemäßes Abbrennen des Silvesterfeuerwerks kann Gebäude, Menschen und Tiere gefährden.
Das Verbot des Abbrennens in festgelegten Stadtgebieten ist einzuhalten.

Abstimmungsergebnis

11 ja-Stimmen, 22 Gegenstimmen, 1 Enthaltung

Somit ist die Resolution abgelehnt.

12. Satzungsänderung über die Kostenbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Usingen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss-Nr. XI/114-2019

Die Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die „Kostenbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Usingen“ wird in der beigefügten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis

25 ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

13. Abfallgebühren 2020 und 2021

Keine Wortmeldungen.

Beschluss-Nr. XI/117-2019

Es wird empfohlen wie folgt zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Abfallsatzung der Stadt Usingen über die Entsorgung von Abfällen der Stadt Usingen einschließlich der dort ersichtlichen Abfallgebühren für die Jahre 2020 und 2021.“

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

14. Wassergebühren 2020

Keine Wortmeldungen.

Beschluss-Nr. XI/120-2019

Es wird empfohlen wie folgt zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wassergebühren ab dem 01.01.2020 auf 2,50 €/m³ netto festzusetzen sowie die als Anlage beigefügte Satzung zur 4. Änderung der Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Usingen.“

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

15. Abwassergebühren 2020

Keine Wortmeldungen.

Beschluss-Nr. XI/121-2019

Es wird empfohlen wie folgt zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Abwassergebühren ab dem 01.01.2020 auf 2,24 €/m³ Schmutzwasser und 0,67 €/m² im Jahr versiegelte Fläche festzusetzen sowie die als Anlage beigefügte Satzung zur 4. Änderung der Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Usingen.“

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

16. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanentwurfs 2020/2021

CDU Fraktionsvorsitzender Jackson zeigt sich in seinen Ausführungen mit dem bislang Erreichten durchaus zufrieden und unterstreicht die Bedeutung Usingens als Mittelzentrum. Mit dem Ausbau und der Elektrifizierung der Taunusbahn werde dieses Mittelzentrum weiter wachsen, auch wenn man darauf achten müsse, dass auch bezahlbarer Wohnraum angeboten werde. In seinen weiteren Ausführungen geht Herr Jackson auf die drei Bürgerinitiativen IZEDUL, die BI gegen den 5 G Mobilfunkausbau sowie die BI Pro Taunusbahn ein.

Alle drei Bürgerinitiativen behindern oder erschweren die weitere Entwicklung und sind daher in seinen Augen kritisch zu sehen. Sowohl die Entlastung der Innenstadt, als auch der Ausbau der S-Bahn nach Usingen und ein guter Handyempfang seien für einen attraktiven Standort unverzichtbar.

Dies gelte auch für eine gute Nahmobilität. Um diese zu unterstützen beantrage die CDU-Fraktion, den Ansatz für die Fahrradstellplätze in Nahmobilität umzubenennen um die Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern und Fahrradabstellanlagen anzuschaffen.

Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen und bedankt sich bei der Verwaltung für die zügige und serviceorientierte Unterstützung während den Haushaltsberatungen.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin kritisiert den Doppelhaushalt, suggeriere er doch eine Planungssicherheit, die es nicht gäbe, auch wenn ein Doppelhaushalt der Verwaltung sicher weniger Arbeit bereite als zwei einzelne Haushaltspläne. Gerade deshalb sei aber zu kritisieren, dass Kennzahlen sowie Produktziele fehlen und man in vielen Fällen nicht erkennen könne, wohin die „Reise gehen soll“. Die Arbeit werde auch dadurch erschwert, dass neue Budgets gebildet wurden und es zu Personalverschiebungen zwischen den Ämtern gekommen sei. Erläuterungen zu verschiedenen Positionen fehlten ebenfalls.

Zusammengefasst könne sie nur wiederholen, dass die Stadt immer noch zu wenig für den Klimaschutz ansetze und die bisherigen Anträge der Fraktion hierzu kein Gehör finden. Man könne daher diesem Haushalt nicht zustimmen.

Stadtverordneter Herber bedankt sich im Namen der FWG-Fraktion bei der Verwaltung für die Erstellung des sehr guten Haushaltsplanentwurfs, die Unterstützung bei der Beratung in der Fraktion, aber auch für die sehr sachbezogene Diskussion im HFA.

Die FWG-Fraktion werde diesem Haushalt zustimmen können, da er rund und schlüssig sei, auch wenn man nicht verkennen dürfe, dass es die Schlüsselzuweisungen als Mittelzentrum seien, die einen Großteil der finanziellen Stabilität sicherstellen. Dennoch sei sparen und maßhalten oberstes Gebot, und genau dieses präge den vorliegenden Haushaltsentwurf. Dennoch seien auch die Weichen für die Zukunft gestellt, nachdem die Arbeiten in der Innenstadt als logistischer und finanzieller Kraftakt abgeschlossen und die notwendigen Beschlüsse über Folgeinvestitionen im Haushalt abgebildet seien. In diesem Zusammenhang bedaure man aber, dass sich der Ankauf von Flächen für künftiges Bau- und Gewerbeland noch nicht habe realisieren lassen und sich auch die Sanierung des Feuerwehrstützpunktes verzögere.

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die Unterstützung bei den Haushaltsberatungen. Zum Haushalt selbst sei festzustellen, dass an vielen Stellen Maßnahmen und Ziele vertauscht wurden und ohne hinreichende Produktinformationen und Kennzahlen eine Beratung unnötig erschwert werde. Er mahnt in diesem Zusammenhang an, dass diese Mängel zu den nächsten Haushaltsberatungen behoben werden.

Im Gegensatz zur FWG-Fraktion fehle es der SPD-Fraktion an weiteren, zukunftsorientierten Ansätzen. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung, der betreuten Grundschule aber auch bei der Straßenunterhaltung und Sanierung der Straßen sowie einigen weiteren Themen sei zu erkennen, dass diese Themenfelder noch nicht weitreichend genug gelöst seien. Die SPD-Fraktion könne somit dem Gesamtfinanzhaushalt wie auch dem Investitionsplan in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler teilt mit, dass es sehr sinnvoll sei, vor einer Kommunalwahl einen Doppelhaushalt zu beschließen. Die im Haushalt dargestellten Einnahmen und Ausgaben fänden die Zustimmung der FDP-Fraktion, da auch wegweisende Projekte wie ISEK oder auch WABE e.V. berücksichtigt seien. Allerdings werde auch seitens der FDP-Fraktion bemängelt, dass Kennzahlen fehlen. Diese seien in künftigen Jahren wieder aufzunehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt Stadtverordnetenvorsteher Liese über die schriftlich vorgelegten Anträge der Fraktionen wie auch über die Korrekturen, die im Rahmen der HFA-Sitzung beschlossen wurden, abstimmen.

Beschluss

Zunächst wird über die Neuanträge der Fraktionen abgestimmt. Begonnen wird mit der CDU.

CDU-Änderungsanträge:

	Position	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis Ja – Nein – Enthalt.
CDU	1. Investition Löwenzahnstraße	Streichung der angesetzten 30.000 € für die Schaffung eines Fußwegs entlang der Löwenzahnstraße	21 - 14 - 0
CDU	2. Bürgerbus, Schaffung einer Unterstellmöglichkeit	Streichung von 20.000 € für die Schaffung einer Unterstellmöglichkeit für einen Bürgerbus	21 - 14 - 0
CDU	3. S. 343 Produkt 51101 Städtebauliche Planung/Entwicklung/ Nahmobilitätskonzept	Erhöhung des Ansatzes um 25.000 € für die Verbesserung der Nahmobilität in U-singen und seinen Stadtteilen sowie bei der Verbindung zwischen Kernstadt und Stadtteilen. Refinanzierung: 25.000 € aus dem Überschuss des Ergebnishaushalts.	26 - 0 - 9
CDU	4. S. 121 Investition Produkt 54101 Anschaffung von Fahrradabstellanlagen	Änderung des Investitionsziels: Maßnahmen der Nahmobilität, um die Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern und Fahrradabstellanlagen anzuschaffen. Die eingestellten Mittel für die Jahre 2019, 2020 und 2021 sollen unter anderem mittels der durch das Nahmobilitätskonzept Fördermöglichkeiten ergänzt werden	26 - 9 - 0

SPD-Änderungsanträge

SPD	Investition Neue Kita	Einstellen von Planungskosten für eine weitere Kita. Um dem weiteren Bedarf an Kindergartenplätzen entsprechen zu können, ist es notwendig, rechtzeitig in die Planung zu investieren. Um einen weiteren Bedarf ab 2022 abdecken zu können muss bereits Ende 2020 mit der Planung begonnen werden. Geschätzte Planungskosten 50.000 €	12 - 23 - 0
SPD	Investition Betreute Grundschule	Im Rahmen einer zukunftsorientierten Planung der betreuten Grundschule ist es notwendig die Kosten für die Einrichtung weiterer Gruppen einzuplanen. Derzeitige Kosten pro Gruppe 750.000 €.	9 - 26 - 0

	Position	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis Ja – Nein – Enthalt.
SPD	Investition Bürgerbus	Jährliche Unterstützung des Vereins, der den Bürgerbus betreibt, mit einer Beteiligung an den Kosten des Betriebes des Bürgerbusses. Pro Jahr 5.000 €– mit Sperrvermerk	14 - 21 - 0

Grünen-Änderungsanträge

Grüne	S. 112 Produkt 111-99	Grundstückseinkäufe / VE 2022 -250.000 €, VE 2023 -694.885 €	3 - 27 - 5
Grüne	S. 118 Produkt 511-03	CWS Vorplatz / 2021 -100.000 €, VE 2023 – 900.000 €	3 - 31 - 1
Grüne	S. 340 Produkt 51101/11	Personal / Springerstelle in Klimaschutzmanager Umweltschutz -60.000 €	8 - 23 - 4
Grüne	S. 408 Produkt 55501/09	VE 2022 -110.250 €, VE 2023 – 110.250 €	12 - 23 - 0
Grüne	S. 415 Produkt 56101/07 Klimaschutzmanager	Förderung 65%: +39.000 € Zuschuss	11 - 23 - 1
Grüne	S. 415 Produkt 56101/11 Klimaschutzmanager Personal	2021 +60.000 €; VE 2022 +60.000 €, VE 2023 +60.000 €	11 - 23 - 1
Grüne	S. 488 Bauamt	2020 Springer verschieben in Produktbereich Umweltschutz/Klimaschutzmanager in Produktbereich Umweltschutz / 2021 Springer verschieben in Produktbereich Umweltschutz/Klimaschutzmanager in Produktbereich Umweltschutz	3 - 24 - 8

Stadtverordnetenvorsteher stimmt über die Anträge aus dem HFA einschließlich der Ergänzungen in Gänze ab.

Anträge aus dem HFA:

	Position	Änderungsantrag
CDU	S. 166, Produkt 11110 Gebäudemanagement	Allg. Ziel ergänzen: Herrichtung o. Erhaltung barrierefreier Zugang aller öffentlichen Liegenschaften. Maßnahme: Erstellung eines Konzeptes für barrierefreie Zugänge der öffentlichen Gebäude.
CDU	S. 166, Produkt 11110 Gebäudemanagement	Hinzufügen: „Maßnahmen“: Wohn- und Geschäftshaus Usingen, Wilhelmjstr. 3 (Blumenladen) verkaufen auf Basis eines entsprechenden Gutachtens an aktuelle Mieter unter Vorbehalt der Vereinbarung eines Vorkaufsrechts der Stadt Usingen bei Weiterverkauf auf Basis eines dann aktuellen Gutachtens.

	Position	Änderungsantrag
CDU	S. 421 Produkt 57101 WiFö/ Stadtmarketing	Schaffung eines Fonds für „Frequenzbringer“ im Einzelhandel mit der Möglichkeit eines Mietkostenzuschusses für einen begrenzten Zeitraum als Starthilfe im Gebiet Innenstadt. Ziel: Innenstadtbelebung und Förderung der Geschäftstreibenden. Ein konkretes Konzept soll durch die Wirtschaftsförderung zur Stärkung des Einzelhandels erarbeitet werden. Als Bsp. können hier die Einzelhandelsförderung von Alsfeld u. Eschwege dienen. Der Fonds soll nach Vorlage eines Förderkonzepts durch die Wirtschaftsförderung durch den HFA (Sperrvermerk) freigegeben werden. Der Magistrat wird gebeten, die Förderrichtlinie nach Möglichkeit zur ersten Sitzungsrunde der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2020 vorzulegen. Als Budget werden 14.300 € für die Jahre 2020 u. 2021 vorgesehen. Denkbar ist eine Förderung bis zu 12 Monate. Die jeweilige Förderung soll vorbehaltlich einer Konzeptpräsentation des Antragstellers im HFA durch Zustimmung des HFA gewährt werden. Refinanzierung: Nachtbus-Ansatz von 14.300 € streichen (Produkt 54701, Bereitstellung ÖPNV)
CDU	S. 117 + 322 Investition Familienzentrum Hand in Hand (Kita Eiskaut)	Investition Erhöhung Ansatz 2020 um 45.000 €: 45.000 € für Sonnenschutz in Richtung Süden. Refinanzierung über Krediterhöhung (Anpassung Haushaltssatzung)
CDU	S 453 Investition Produkt 57344 Bürgerhaus Merzhäuser	Anschaffung von Stapelstühlen und restlichen Tischen, Erhöhung Ansatz um 20.000 €. Refinanzierung über Krediterhöhung (Anpassung Haushaltssatzung)
SPD	Investition Löwenzahnstraße	Neubau eines Fußweges bis zur Kita: Kosten ca. 30.000 €. Gedeckt durch die nicht völlig verplante Kreditaufnahme.
SPD	Investition Neue Kita	Einstellen von Planungskosten für eine weitere Kita. Um dem weiteren Bedarf an Kindergartenplätzen entsprechen zu können, ist es notwendig, rechtzeitig in die Planung zu investieren. Um einen weiteren Bedarf ab 2022 abdecken zu können muss bereits Ende 2020 mit der Planung begonnen werden. Geschätzte Planungskosten 50.000 €
SPD	Investition Bürgerbus	Schaffung einer Unterstellmöglichkeit für einen Bürgerbus. Geschätzt 20.000 € für 2020 – mit Sperrvermerk
SPD	Investition Betreute Grundschule	Es fehlt der Ansatz für die Einrichtung weiterer Gruppen betreute Grundschule
Grüne	S. 112 + 118 Investition Produkt 11109	Verpflichtungsermächtigungen für 2020 u. 2021 streichen: - Grundstücksankäufe Nord-Ost-Umfahrung - CWS Vorplatz
Grüne	S. 121 Investition Produkt 54101	Fahrradabstellanlagen Ansatzserhöhung In 2020: +5.000 € auf 10.000 € In 2021: +5.000 € auf 5.000 €

	Position	Änderungsantrag
Grüne	S. 136 Produkt 11103 Zentrale Organisation u. Verwaltungsdienstl. und S. 167 Produkt 11110 Gebäudemanagement	Pos. 13 (Sach- u. Dienstleist.) in 2020 u. 2021 um je 10.000 € kürzen
Grüne	S. 253 Produkt 28101 Kulturelle Aktivitäten	Pos. 13 (Sach- u. Dienstleist.) in 2020 u. 2021 um je 3.000 € kürzen
Grüne	S. 272 Produkt 36101 Betreuung von Kindern in fremden Einricht.	Zuschuss an Wabe e.V. für 2020 u. 2021 mit Sperrvermerk versehen
Grüne	S. 343 Produkt 51101 Städtebauliche Planung/Entwicklung	In 2020: Pos. 13 (Sach- u. Dienstleist.) zu Gunsten des Radwegekonzepts um 20.000 € erhöhen Pos. 03 (Kostenersatzleist.) 50%-Förderung Radwegekonzept als Klimaschutzteilkonzept +10.000 € einrechnen
Grüne	S. 347 Produkt 52101 Bau-/Grundstücksordnung	Personalkosten reduzieren (-40.000 €)/ Stelle kürzen zu Gunsten neu Klimaschutzmanager im Produkt Umweltschutz
Grüne	S. 408 Produkt 55501	Ansatz Verkauf Ökopunkte in 2020 u. 2021 streichen
Grüne	S. 415 Produkt 56101 Umweltschutz	Schaffung Stelle Klimaschutzmanager +60.000 € Personalkosten; Förderung 65%: +39.000 € Zuschuss
Grüne	S. 419 Produkt 57101 Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing	Pos. 13 (Sach- u. Dienstleist.) in 2020 u. 2021 um je 5.000 € kürzen
Grüne	S. 430 Produkt 57320 Märkte	Pos. 1 (privatrechtl. Leistungsentgelte) z.B. durch Erhöhung der Standgebühren in 2020 u. 2021 um +5.000 € erhöhen
FWG	S. 164 Investition Produkt 11109 Grundstücks-/Beitragswesen	Der Ansatz für den Erwerb von Grundstücken möge in 2021 um +50.000 € auf dann 300.000 € erhöht werden. Refinanzierung durch Krediterhöhung (Anpassung der Haushaltssatzung)

Abstimmungsergebnis
23 ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 12 Enthaltungen

Beschluss der Haushaltssatzung:

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen

Beschluss des Gesamtergebnishaushaltes:

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Beschluss des Gesamtfinanzhaushaltes:

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Beschluss des Gesamtinvestitionsprogramms:

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Beschluss des Stellenplans:

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Beschluss des Gesamthaushalts:

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme, 9 Enthaltungen

B. Punkte ohne Aussprache

Es gibt keine Punkte ohne Aussprache.

Stadtverordnetenvorsteher Liese schließt um 20:17 Uhr die Sitzung.

Usingen, 03.12.2019

Gerhard Liese
Stadtverordnetenvorsteher

Beate Schach
Schriftführerin

Alexander Jackson
CDU-Fraktion

Bernhard Müller
SPD-Fraktion

Ellen Enslin
Bündnis 90/Die Grünen

Brundhilde Müller
FWG-Fraktion

Gerhard Brähler
FDP-Fraktion